

Die Folgen von Covid-19

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder des FIFF,

seit nun über einem Jahr wird unser Leben durch die Covid-19-Pandemie bestimmt. Die Pandemie und ihre Auswirkungen dominieren täglich die Berichterstattung in den Medien. Täglich erfahren wir die neuesten Zahlen: Neue Infektionen, 7-Tage-Inzidenz, Anzahl der Menschen, die an den Folgen von Covid-19 verstorben sind. Hinter jeder dieser Zahlen stehen menschliche Schicksale – dennoch bleiben sie häufig abstrakt. Erst wenn die eigene Familie, der eigene Freundeskreis, man selbst davon betroffen ist, wird manchen die wirkliche Bedeutung bewusst. Dann ist es sehr schnell nicht mehr wichtig, ob Sportereignisse mit oder ohne Zuschauer:innen stattfinden oder wann wir endlich wieder richtig shoppen dürfen.

Zweifellos – die Pandemie verlangt auch den Gesunden einiges ab. Doch manchmal frage ich mich: Sind wir wirklich nicht mehr in der Lage, eine Zeit lang auf bestimmte Vergnügungen zu verzichten, weil wir erkannt haben, dass es einfach notwendig ist? Notwendig für uns selbst, aber auch für andere, die besonders anfällig für das Virus sind.

Ich bin kein Virologe und kein Epidemiologe, aber ich vertraue den Expert:innen, ihren Empfehlungen und einer informierten öffentlichen Debatte darüber. Ich wundere mich darüber, wenn diese Empfehlungen in den Wind geschlagen und bei politischen Entscheidungen augenscheinlich ignoriert werden – und sich einige Wochen danach doch bestätigen. „Das konnten wir nicht vorhersehen“, heißt es dann aus den Staatskanzleien und Ministerien. Vielleicht mal Zeitung lesen?

Doch auch Wissenschaftler:innen können sich irren. Ihre Aussagen müssen zumindest rückblickend an der Realität überprüft werden – haben sie Entwicklungen richtig vorausgesagt? Wann ist die Grenze erreicht, dass Menschen ein Podium geboten wird, die sich wiederholt geirrt haben, aber deren (falsche) Voraussagen besser ins politische Konzept passen?

Während ich dies schreibe, befinden wir uns in der dritten Welle der Pandemie. Auch dies war vorhersehbar und wurde in einschlägigen Studien vorhergesehen. Doch trunken vor Freude über den scheinbar nahenden Inzidenzwert von 50 – nicht lange Zeit zuvor noch als die absolute Obergrenze angesehen – ist uns das vielleicht entgangen. Von oben herunter gerechnet, war 50 jetzt nur noch ein anzustrebender Idealwert. Der Wert stieg erneut an, nicht zuletzt wegen der Mutationen, die bei wachsender Verbreitung des Virus immer wahrscheinlicher werden; inzwischen scheint er aber wieder zu sinken. Vielleicht ist es ja kein Zufall, dass als besonders gefährlich angesehene Varianten aus Großbritannien und Brasilien kommen, aus zwei Ländern, in denen die politisch Verantwortlichen besonders verantwortungslos mit der Pandemie umgegangen sind. Der brasilianische Präsidenten Jair Bolsonaro hat sich dabei besonders hervorgetan: Nicht nur durch seinen Umgang mit der Pandemie, die allein im eigenen Land viele Opfer fordert und durch die Mutation auf die ganze Welt ausstrahlt, sondern – nebenbei – auch durch die fortgesetzte Zerstörung des Regenwaldes im Amazonasge-

biet, unter der durch den Klimawandel ebenfalls die ganze Welt leiden wird. Welche Möglichkeiten bietet das Völkerrecht, ihn zur Vernunft zu bringen?

Doch wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch. In einem Tempo, das vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar gewesen wäre, wurden wirksame Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt. Und nun sehen wir uns mit den bekannten Problemen von Großprojekten konfrontiert: In diesem Fall dem Großprojekt, eine komplette Gesellschaft zu impfen – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Vollmundige Versprechungen konnten nicht eingehalten werden. Impfstoff wurde nur verzögert geliefert. Die damit beauftragten Behörden sind zum Teil logistisch überfordert. Es entstehen Zweifel an der Wirksamkeit der Impfstoffe – und Hinweise auf neue Risiken. Und: Bei manchen Gruppen der Bevölkerung gibt es massiven Widerstand gegen die Impfung. Alles legitim, Sorgen wegen Nebenwirkungen, persönliche Einstellungen, was auch immer der Grund ist. Jeder und jede muss das Recht haben, die persönliche Risikoabwägung zu treffen. Nur bitte dabei nicht vergessen, dass man diese Abwägung nicht nur für sich selbst trifft, sondern auch für andere Menschen, vor allem der verletzliche Bevölkerungsgruppen. Es ist auch klar, dass der zeitweilige Impfstopp, der für eines der Präparate ausgesprochen wurde, das ohnehin angeschlagene Vertrauen nicht gerade erhöht hat. Aber wenn jemand ernsthaft glaubt, die Impfung diene nur dem Zweck, einen Chip zu implantieren, der von Bill Gates kontrolliert wird – dann ist man sprachlos.

Unsere gewählten Repräsentanten in der Politik haben in dieser Situation schwere Entscheidungen zu treffen, um die sie wohl niemand beneidet. Welche Prioritäten gesetzt werden, welche Impfstoffe wann zum Impfen freigegeben werden und für wen, welche Einschränkungen uns im täglichen Leben auferlegt werden, und welche nicht: Bei jeder einzelnen Entscheidung geht es auch um Menschenleben – Menschen, die durch die Entscheidung gerettet werden, Menschen, die als Folge der Entscheidung versterben. Diejenigen, die diese Entscheidungen treffen, müssen sich dessen sehr bewusst sein.

Umso verstörender ist der Eindruck, der bei der Berichterstattung vieler Medien entsteht. Da ist dann von einem *Vorsprung* Deutschlands die Rede, der offenbar *verteidigt* werden muss. Leute, wir sind hier nicht beim Sportwettkampf! Die regelmäßigen Konferenzen der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident:innen scheinen einem Schema zu folgen: Zunächst werden Forderungen aufgestellt und Gemeinsamkeit und Solidarität beschworen. Alle sollen sich nach einheitlichen Regeln verhalten – gemeint sind dabei freilich offenkundig immer die jeweils eigenen. Dann wird hinter den Kulissen eine Einigung ausgehandelt und in der Öffentlichkeit verkündet. Und am nächsten Tag schert die oder der erste aus und erklärt, es nun doch anders machen zu wollen. Die jüngsten, nicht durchdachten Beschlüsse zur *Osterruhe* sind nur ein besonders prägnantes Beispiel für einen Politikstil, der Vertrauen zerstört und mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Es wirft ebenfalls Fragen nach der



Verantwortung der Entscheider:innen auf, wenn sie unsere Kinder, ihre Familien und Lehrer:innen wider besseres Wissen durch übereilte Schulöffnungen einem kaum mehr vertretbaren Risiko aussetzen und gleichzeitig große Wirtschaftsunternehmen weitgehend von den Maßnahmen ausnehmen.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Der Föderalismus ist eine wichtige Lehre aus unserer Geschichte; wer ihn in Zweifel zieht, legt die Axt an ein Fundament unserer freiheitlichen Gesellschaft. Doch es wäre gut, wenn regionale Unterschiede in den Maßnahmen immer auch durch regionale Unterschiede in den Rahmenbedingungen begründet wären. Wenn man den Eindruck vermittelt, die Abweichungen dienten nur der persönlichen Profilierung, riskiert man damit die Legitimität der Entscheidungen und des Föderalismus an sich. Es ist in unserer Gesellschaft und in der Politik ein Grundstein des persönlichen Erfolgs, *sichtbar* zu sein, *Eindruck* zu machen. Für die Karriere ist die öffentliche Wahrnehmung als *Macher:in* wichtig, es genügt nicht, *nur* das Richtige zu tun, das alle anderen auch tun. Das erregt zu wenig Aufmerksamkeit. Wir sollten einmal darüber nachdenken, welchen Schaden dieses Prinzip anrichtet.

Wir haben einen Machtkampf um die Kanzlerkandidatur erlebt, der die ernsthafte Frage nach dem Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten aufkommen ließ – stattdessen entstand der Eindruck, dass es nicht um Inhalte, sondern um persönliches Karrierestreben geht. Ganz anders diesmal die SPD, die freilich den Verlierer der Partei-internen Abstimmung um den Vorsitz nominiert hat. Dies ist ein merkwürdiger Umgang mit dem Willen der Parteimitglieder, die sich noch kurz zuvor anders entschieden hatten. (Nebenbei – was ist eigentlich aus Klara Geywitz geworden?)

Sehr diszipliniert waren diesmal die Grünen. Nach langer gespannter Erwartung sind Annalena Baerbock und Robert Haack vom Olymp herabgestiegen, um uns ihre weise Entscheidung zu verkünden.

Zuletzt ein Wort zur Presse – genauer: zu bestimmten Presseerzeugnissen, die wir schon seit langer Zeit sehr gut kennen. Auch sie hat es in der Hand, Legitimation für politische Entscheidungen zu schaffen oder zu zerstören. Sie muss dabei kritisch bleiben; die Pressefreiheit ist einer der wichtigsten Grundsätze unserer Verfassung. Doch wenn geballte Pressemacht dafür eingesetzt wird, Interessen durchzusetzen – und sei es das eigene Interesse an der Auflage –, dann ist es zum Missbrauch dieses Grundrechts nicht mehr weit. Die Pressefreiheit hat das Ziel, eine gegenüber dem Staat schwache Presse gegen dessen Übergriffe zu schützen. Dies ist auch bei uns notwendig; prominente Beispiele sind die *Spiegel*-Affäre Anfang der 1960er-Jahre und die staatlichen Übergriffe gegen *netzpolitik.org* in den 2010er-Jahren. Doch wie gehen wir damit um, wenn große, von einzelnen Privatpersonen gesteuerte Pressekonzerne übermächtigen Einfluss auf die Politik gewinnen – und dies im Zweifel auch skrupellos ausnutzen? Oft sprechen wir heute von der Wirkung des Internets auf unser Zusammenleben. *Hatespeech* und alle Formen der Übergriffigkeit im Internet sind zum großen Problem geworden. Doch welchen Anteil haben bestimmte Formen des Kampagnenjournalismus an so manchem *Shitstorm*? Auch das ist ein Thema, über das wir vielleicht mal sprechen sollten.

Mit nachdenklichen Grüßen, bleibt gesund,
Stefan Hügel



Das FfF bittet um Eure Unterstützung

Viermal im Jahr geben wir die FfF-Kommunikation heraus. Sie entsteht durch viel ehrenamtliche, unbezahlte Arbeit. Doch ihre Herstellung kostet auch Geld – Geld, das wir nur durch Eure Mitgliedsbeiträge und Spenden aufbringen können.

Auch unsere weitere politische Arbeit kostet Geld für Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Organisation. Unsere jährlich stattfindende FfF-Konferenz, der Weizenbaum-Preis, weitere Publikationen, Kommunikation im Web: Neben der tatkräftigen Mitwirkung engagierter Menschen sind wir bei unserer Arbeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Bitte unterstützt das FfF mit einer Spende. So können wir die öffentliche Wahrnehmung für die Themen weiter verstärken, die Euch und uns wichtig sind.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) Köln,
IBAN: DE79 3702 0500 0001 3828 03,
BIC: BFSWDE33XXX

